



13.11.2009 | Nr. 337/09

Heike Franzen: Schule kann man nicht nur unter wirtschaftlichen Aspekten betrachten.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, hat heute (13. November) vor dem Hintergrund des Landesrechnungshofberichtes darauf hingewiesen, dass eine Schulentwicklungsplanung neben wirtschaftlichen immer auch pädagogische und räumliche Aspekte berücksichtigen muss.

Die vom Rechnungshof geforderte Reduzierung der Schulstandorte dürfe nicht dazu führen, dass der Schulbesuch mit unzumutbaren Anfahrtszeiten für die Kinder verbunden ist. „Gerade für die Grundschulen mit ihren Außenstellen - die in der Tat teurer sind - gilt der politische Wille: Je kürzer die Beine, um so kürzer die Wege!“, so Franzen.

Selbstverständlich müssten auch die Belange der Schulen und der Schulträger vor Ort berücksichtigt werden. Insbesondere auf der Grundlage der demographischen Entwicklung - in einigen Kreisen werden die Schülerzahlen laut Bertelsmannstiftung, bis 2025 um bis zu 30% zurückgehen - müssten alle Schulabschlüsse auch im ländlichen Raum sichergestellt bleiben. Franzen: „Die Rahmenbedingungen dazu bieten Regional- und Gemeinschaftsschulen. Wir werden sie mittelfristig - wie vom Rechnungshof gefordert - zu einer Schule zusammen führen. Dann wird es in der Sekundarstufe I neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform geben.“

Oberstufen an Gemeinschaftsschulen dürften ohnehin nur unter der Berücksichtigung von bestehenden Oberstufen an den Gymnasien und den Beruflichen Gymnasien genehmigt werden. Selbstverständlich seien dabei die Mindestgrößen einzuhalten. „Das wird dazu führen, dass auf Grund der demografischen Entwicklung und der geringen Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit einer Gymnasialempfehlung die Bildung einer Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule eher die Ausnahme sein wird“, erläuterte die Bildungsexpertin.

Mit der Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen lasse die Landesregierung weder die Schulträger noch die Schulen allein. „Wir setzen auf ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Politik und Schulen. Das bedeutet auch, dass man sich bei Entscheidungen gegenseitig berät. Hierbei wird die untere Schulaufsicht eine besondere Bedeutung erhalten, die wir für diese Aufgaben neu aufstellen wollen. Auch sei vereinbart worden, die Schulsozialarbeit auszubauen“, so Franzen.

Die CDU-Politikerin stellte abschließend fest, dass im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, zehn Prozent der Personalkosten einzusparen, darin seien auch Lehrerstellen enthalten. „Dieses Ziel gilt, und wir werden es erreichen, auch wenn wir einen Teil des demographischen Gewinnes bewusst zur Verbesserung der Unterrichtssituation

in den Schulen belassen wollen“, so Franzen abschließend.